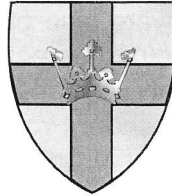


Kinderarmut

Arbeitslosigkeit

Junge Menschen
ohne Perspektive

Obdachlosigkeit



Altersarmut

**Koblenz
zwischen Armut und
,Einzigartigen Projekten‘**

BUGA

Schienenhaltepunkt
,Löhr - Center‘

,Forum Mittelrhein‘
Zentralplatz

Ausbau von:
Löhrstraße
Viktoriastraße
Löhrrondell

Ganz neu:
TUS - Arena !!

...und wer zahlt den Preis ?

Zwischen Armut und ‚Einzigartigen Projekten‘ - und das in der Krise

„Wir steuern auf den schlimmsten Abschwung seit den 1930ern zu. Es gibt wenig Grund für die Hoffnung, dass die Wirtschaft sich Ende 2009 erholen wird, und jeden Grund für die Vermutung, dass es noch schlimmer wird.“ So formuliert der US-Ökonom Robert Brenner seine Sicht der aktuellen Wirtschaftskrise.

Investitionen, Investitionen... wäre eine plausible Antwort auf die Krise, wenn realistisch mit einer Erholung gerechnet werden könnte. Dagegen steht aber eine leider öffentlich verdrängte Erfahrung der letzten Jahrzehnte: Als Folge ständig steigender Produktivität wird mit immer weniger Arbeitsaufwand immer mehr produziert. Das bedeutet: Menschen werden ausgegrenzt, weil ihre Arbeit nicht mehr gebraucht wird. Da nur unter Einsatz menschlicher Arbeit Kapital vermehrt werden kann, ist damit auch eine Grenze unserer Art zu wirtschaften markiert. Deshalb werden ‚Investitionen um jeden Preis‘ die Krise verschärfen und immer mehr Menschen zu Armut und Ausgrenzung verurteilen.

Im Blick auf die Kommunalpolitik heißt das:

- Es ist zu befürchten, dass noch mehr Menschen wegrationalisiert werden. Viele die Arbeit haben, müssen mit weniger Einkommen rechnen. In jedem Fall wird die Kaufkraft sinken. Wer soll sich dann noch die ‚lockenden‘ Angebote, für die investiert wird, leisten können? Damit dürften die Investoren auf ihren Angeboten sitzen bleiben bzw. öffentliche Haushalte die Zeche zu zahlen haben.
- Wenn die Investitionen nicht auf kaufkräftige Nachfrage stoßen, sinken für die Stadt die schon einkalkulierten Steuereinnahmen. Die Gelder für die Großprojekte aber sind investiert. Die Schulden stehen zu Buche. Und die Frage stellt sich: Wer soll das bezahlen? Die Politiker werden über leere Kassen klagen und überlegen, wo wieder einmal der Rotstift angesetzt werden kann. Es braucht wenig Phantasie, um sich vorzustellen, was das bedeutet: wachsende Armut, wachsende Verschuldung, erneute Runden von Sozialabbau, illusionäre Investitionen...

Wir fragen: Was ist eigentlich ‚realistisch‘ an dieser sog. ‚Real‘politik?

Armut und sozialer Abstieg

Arbeitslosigkeit

Im Jahr 2007 waren 2.476 Menschen in Koblenz langzeitarbeitslos.

Am 31.12.2007 gab es 10.567 Leistungsempfänger in Bedarfsgemeinschaft der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II).

Am 31.12.2006 gab es 1.643 EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - ein Plus von 5,1% zum Vorjahr.

Statistisches Jahrbuch 2008 - Stadt Koblenz

"Im Vergleich zum Vorjahr gab es im März im Gesamtbezirk der Agentur für Arbeit Koblenz 661 arbeitslose Menschen mehr.

Besonders für die Personengruppe der 15-25 Jährigen ist ein signifikanter Anstieg der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen.

In der Arbeitslosenstatistik der 15- bis 25 Jährigen sind die Zahlen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 31 Prozent angestiegen. Hierbei fällt auf, dass viele junge Leute mit abgeschlossener Berufsausbildung arbeitslos gemeldet sind. Ein Indiz dafür, dass einige Betriebe derzeit ihre Lehrlinge nicht übernehmen.

Auch die Zahl der älteren arbeitslosen Menschen (55-65 Jährigen) hat sich verglichen zum Vorjahresmonat überproportional erhöht."

Agentur für Arbeit Koblenz: Presse Info 09-2009 vom 31.03. 2009

Hinzu kommt Kurzarbeit:

"Seit November 2008 griffen im Arbeitsagenturbezirk Koblenz bislang ca. 200 Betriebe mit etwa 6.000 Beschäftigten auf diese Möglichkeit zurück, die Auftragsflaute ohne Entlassungen zu überstehen. Die Kurzarbeit macht dabei vor keiner Branche Halt - angefangen bei den Automobilzuliefererbetrieben, über die Maschinenbauer, die Speditionen, Druckereien, Werbeagenturen, Metallverarbeitenden Betrieben bis hin zu den Personaldienstleistern."

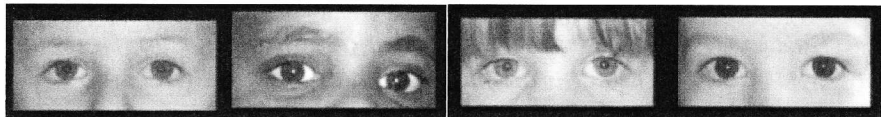
Agentur für Arbeit Koblenz: Presse Info 09-2009 vom 31.03. 2009

"In der Stadt Koblenz stieg im April die Zahl der arbeitslosen Menschen von 4.783 auf insgesamt 4.830 Frauen und Männer."

Agentur für Arbeit Koblenz: Presse Info 13-2009 vom 30.04.2009

Kinderarmut

*Folgende Bilder und einige Texte sind der Wanderausstellung
'Der Armut in Koblenz ein Gesicht geben' entnommen.*



In welche Zukunft blicken wir Kinder?

Etwa 2.5 Millionen Kinder in Deutschland leben mit ihren Familien von staatlicher Unterstützung. Hartz IV sieht für die Ernährung von Kindern 76.39 € im Monat vor. Das sind 2,67 € am Tag oder 0,55 € für Frühstück und jeweils 0.98 € für Mittag- und Abendessen.

Während Millionäre zu ihrem Einkommen Kindergeld erhalten, bekommen Menschen, die von Hartz IV leben müssen, zwar 154 € pro Kind, dies wird jedoch vom Arbeitslosengeld II, das 211 € pro Kind beträgt, abgezogen. Übrig bleiben nur noch 57 €.

Armut macht krank und isoliert, besonders unsere Kinder. Ausgeschlossen von vielen sozialen und kulturellen Angeboten und ebenso von guten Bildungschancen wird ihnen schon früh gezeigt, dass sie bei uns nicht willkommen sind.

Sabine, eine 41 jährige Mutter:

Wussten sie schon,
dass in zwei Stadtteilen jedes zweite Kind,
in fünf Stadtteilen jedes dritte Kind,
in drei Stadtteilen jedes vierte Kind
und in sechs Stadtteilen jedes fünfte Kind
Hilfe zum Lebensunterhalt erhält?

„Seit ich von Hartz IV leben muss, habe ich Zukunftsängste, die mich krank machen. Ich bin ständig nervös und unzufrieden. Das spüren leider auch meine Kinder. Da ich

jeden Cent dreimal umdrehen muss, bevor ich ihn ausbebe, kann ich an fast nichts mehr teilnehmen, was ich vorher mit Freude getan habe. So habe ich auch viele Freunde und Bekannte verloren. Mein soziales Netz ist zusammengebrochen. Kino, Theater, Vereine können wir uns nicht mehr leisten.

Von Armut und Ausgrenzung betroffene Kinder erzählen:

„Ich sondere mich nach der Schule oft von meinen Klassenkameraden ab. Wenn sie sich ein Eis kaufen oder eine Tüte mit Süßigkeiten, stehe ich nur daneben und schäme mich. Ich habe kein Geld dafür.“

„Obwohl mir meine Mutter manchmal ein gebrauchtes Marken T-Shirt kauft, lachen die anderen über meine Kleidung. Die haben jeden Tag etwas Neues an. Ich spüre, wie sie mich aufziehen. Eigentlich habe ich gar keine Lust mehr mit ihnen zusammen zu sein. Aber mit wem soll ich denn spielen?“

Für Kinder unter 14 Jahren sind pro Monat 211,00 Euro vorgesehen, davon u.a.: 4,40 Euro für Kinderschuhe 0,76 Euro für Spielzeug 0,00 Euro für Schulsachen 1,63 Euro für Schreibwaren allgemein 76,39 Euro für Essen und Trinken
--

„Am ersten Schultag nach den Sommerferien bin ich immer sehr traurig, weil alle Kinder von den schönen Ferienerlebnissen erzählen. Wir können uns leider keine Ferien leisten. Ich würde am liebsten am ersten Schultag zuhause bleiben.“

Die Fachkonferenz Kindertagesstätten des Dekanates Koblenz beschreibt das, was Erzieherinnen in ihren Einrichtungen erleben:

„Mit Einkommensarmut verbinden sich – zum Teil als (un)mittelbare Folgen – Belastungen, die zu Gefährdungen werden können: schlechtere Gesundheit und Bildung, ein negativ erlebtes Wohnumfeld, Überschuldung, soziale Isolation. Als negative Folgen für die Entwicklung von Kindern werden immer wieder beschrieben: Geringes Selbstwertgefühl, Misstrauen, Nervosität, Konzentrationsschwächen, Desintegration. Besonders auffällig sind die Folgen für die Gesundheit. Kinder aus einkommensarmen Familien sind häufiger ungesund ernährt, übergewichtig und körperlich weniger aktiv.“

Junge Menschen ohne Perspektive

Die Tagesschau berichtete am 08. Juni 2008:



Hauptschüler verlieren den Anschluss

„Jeder zweite Hauptschüler hat auch 13 Monate nach Schulende noch keinen Platz für eine berufliche Ausbildung gefunden. Das geht der Nachrichtenagentur dpa zufolge aus dem noch unveröffentlichten Bildungsbericht von Bund und Ländern hervor. Der Bericht wird zur Kultusministerkonferenz (KMK) am Donnerstag in Berlin offiziell vorgestellt.

Der überwiegende Teil der Hauptschüler - ob mit oder ohne Abschluss - müsse nach Ende seiner Pflichtschulzeit zunächst eine „Odyssee“ verschiedener Nachqualifizierungs- und Überbrückungsmaßnahmen durchlaufen, deren „Effektivität und Effizienz“ die Bildungsforscher angesichts hoher Kosten für die Bundesagentur für Arbeit wie für den Bund erheblich anzweifelten. Denn auch 30 Monate nach Schulende könnten immer noch 40 Prozent der Hauptschüler nicht in eine qualifizierte Berufsausbildung vermittelt werden. Besonders groß sind dem Bericht zufolge die Probleme für junge Männer ohne oder mit nur schlechtem Hauptschulabschluss sowie für Migrantenkinder.“

Unsere Hauptschule, eine Sackgasse?

Schulabgänger in Koblenz

Abschluss	Schuljahr	
	2005/2006	2006/2007
	Anzahl der Abgänger	
ohne Hauptschulabschluss	95	106
mit Hauptschulabschluss	330	337
mit qualifizierten Sekundarabschluss I	489	500
mit Fachhochschulreife	31	40
mit allgemein. Hochschulreife (Abitur)	580	578
Insgesamt	1525	1561

Quelle:

Diakonische Jugendpastoral in der Kirchengemeinde St. Peter, Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Koblenz-Neuendorf und Wallersheim, Jahresbericht 2007.

87 SchülerInnen verließen 2006/07 die Hauptschule.

Davon besuchten:

- 64 SchülerInnen eine weiterführende Schule z.B. Berufsfachschule
- 6 SchülerInnen hatten einen Ausbildungsplatz
- 17 SchülerInnen hatten keinen Hauptschulabschluß. Diese gingen 2007/08 ins Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) der Berufsschule um den Hauptschulabschluß zu erwerben.

Befragung der Berufsbildenden Schulen in Koblenz über die Zukunft der BF1-Schüler

Schule A:

Aus drei BF1-Klassen entsteht eine BF2-Klasse.

1/3 der Schüler schaffen den Sprung von BF1 ins BF2. 2/3 der Schüler dagegen nicht, von den Abbrechern gibt es keine Infos wie es mit ihnen weitergeht.

Schule B:

Aus acht BF1-Klassen entstehen vier BF2-Klassen.

Ca. 35-40% der Schüler schaffen den Sprung ins BF2, ca. 60% nicht. Ca. 20% der Schüler vom BF1 erhalten einen Ausbildungsplatz.

Schule C:

Aus fünf BF1-Klassen (ca. 120 Schüler) entstehen zwei BF2-Klassen (48 Schüler).

Von den 48 Schüler schaffen ca. die Hälfte die Zulassung zur Prüfung. Die andere Hälfte bricht vorher ab. 2-4 Schüler pro Jahr schaffen den Sprung zu weiterführenden Schulen.

Die Berufsfachschule 1 (BF1) ist die weiterführende Schule nach der Hauptschule für alle diejenigen, die nach der 9. Klasse keine Ausbildungsstelle haben. Dort kann innerhalb von zwei Schuljahren (BF1-BF2) die Mittlerer Reife erworben werden.

Obdachlosigkeit

Für Wohnungslose ist kein Platz in der Stadt ‚zum Bleiben‘. Das Schlafen auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Anlagen ist verboten. Das gilt auch tagsüber. „Sie zweckentfremden die Bänke und nehmen anderen die Sitzgelegenheiten weg.“ So Herr Klug, der Leiter des Koblenzer Ordnungsamtes.

Ein Koblenzer Pfarrer berichtet:

An einem Sonntagabend sah ich, wie Kräfte des Ordnungsamtes einen obdachlosen Mann von einer Wiese der Rheinanlagen vertrieben. Während andere ihren Müll unbehelligt abwerfen konnten, nahmen diese sich den Mann vor. Ich ging auf die Ordnungshüter zu und sagte: "Der Mann stört mich nicht und auch sonst niemanden." Ich hatte keine Chance. Der Mann musste weg. Wieder ein Beispiel dafür, dass die Wehrlosesten ‚abgeschoben‘ werden.

Draußen schlafen bleibt verboten

KOBLENZ. Das nächtliche Schlafen auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen bleibt verboten. Die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt stellt dies für die Zeit von 22 bis 6 Uhr ausdrücklich klar. Und das Ordnungsamt will daran festhalten - trotz grundsätzlicher Kritik der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD). ...Nach Presseberichten argumentierte die ADD dagegen, dass von den öffentlich Schlafenden keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehe. Daher richte man auch die Bitte nach Koblenz und Trier, die Vorschrift aus den Verordnungen zu streichen. ...

Rhein-Zeitung vom 30.04.2008

Obdachlosenhilfe schlägt Alarm

KOBLENZ. Der Koblenzer Arbeitskreis ‚Menschen ohne Wohnung‘ übt scharfe Kritik daran, dass die Stadt Obdachlose nachts verstärkt und systematisch aus der City drängt. Die im Arbeitskreis organisierten Vertreter von Arbeiterwohlfahrt, dem Koblenzer Caritasverband und dem Verein ‚Die Schachtel‘ werfen dem Ordnungsamt vor, eine Politik der ‚vertreibenden Hilfe‘ zu praktizieren.

Rhein-Zeitung vom 08.08.2008

Die Ordnungshüter interessieren sich nicht für die Lebenswirklichkeit armer Menschen. Ihnen genügt formale Korrektheit. Für die Obdachlosen bedeutet das: Sie werden ‚im Namen des Gesetzes‘ nachts verstärkt aus der City verdrängt.

Die Folge:

"Nicht das Problem Obdachlosigkeit verschwindet, es wird einfach nur in die Randbezirke der Stadt und das Umland verlagert", moniert Streetworker Erich Weber. Anstatt in Koblenzer Tiefgaragen, ans Schloss, unter die Pfaffendorfer Brücke oder in die Rheinanlagen ziehen sich die Obdachlosen jetzt nachts zum Beispiel in die Gölser Weinberge oder den Stadtwald zurück, wie Weber weiß." Rhein-Zeitung vom 08.08.2008

‚Im Namen des Gesetzes‘ agiert wieder einmal Herr Klug - er weiß auch Rat für die Nacht:

"Es gibt für alle Möglichkeiten, drinnen zu schlafen", meint Klug mit Blick auf Männer- und Frauenwohnheime. Wer sich an die Regeln halte, der habe auch ein Dach über dem Kopf. Wer trotzdem draußen nächtigt, der wird vom Ordnungsamt geweckt. Das gilt im übrigen auch für alle, die sich tagsüber auf Straßen oder öffentlichen Anlagen auf Bänken zum Schlafen niederlassen. "Sie zweckentfremden die Bänke und nehmen anderen die Sitzgelegenheiten weg." Konsequenz? "Wir wecken sie." Rhein-Zeitung vom 30.04.2008

Ganz anders sieht das Gabriele Focken, Leiterin des Übernachtungsheims:

"Tatsache ist, dass die Kosten für die Unterkunft vom Bewohner beglichen werden müssen. Für Bewohner mit eigenem Einkommen, das heißt ALG I, Rente oder Lohn, belaufen sich die Kosten auf 8,20 Euro pro Nacht. Richtig ist, dass theoretisch die Möglichkeit besteht, für Bedürftige im Rahmen des SGB II oder SGB XII die Übernachtungskosten erstattet zu bekommen. Hierzu sind aber umfangreiche Antragsverfahren notwendig, mit denen wohnungslose Menschen wegen ihrer sehr komplexen Problemlagen oft völlig überfordert sind. In einigen Fällen sind Widersprüche und Gerichtsverfahren notwendig, um zustehende Leistungen zu erhalten." Leserbrief in der Rhein-Zeitung vom 08.09.2008

Armut im Alter

In Koblenz gibt es ältere Menschen, die darauf angewiesen sind, mit ‚Essen auf Rädern‘ versorgt zu werden, sich aber nicht mehr jeden Tag, sondern nur noch jeden zweiten oder dritten Tag eine Mahlzeit leisten können.

In Koblenz leben auch zahlreiche Senioren, denen aufgrund gestiegener Kosten für Wohnung, Energie und Lebensmittel kaum noch Geld bleibt, z.B. für Kleidung, Telefon, Friseur, eine Brille, eine Buskarte, die Anschaffung von Möbeln usw..

Frau X, 70 Jahre, wohnt in einer kleinen 2-Zimmer Wohnung und bekommt Leistungen nach SGB XII.

Die Regelleistung, die Frau X monatlich bekommt, beträgt 347,00 Euro. Damit soll sie den Bedarf für Ernährung, Bekleidung, Möbel, Geräte, Instandhaltung, Gesundheits- und Körperpflege, Freizeit, Kultur ... decken.

Tatsächliche Kosten für Unterkunft	Vom Sozialamt bezahlte Kosten	Differenz muß sie aus der Regelleistung zahlen	Die Endrechnung sieht so aus:
Kaltmiete: 290,20€	222,30€	67,90€	Regel-Leistung: 347,00€
Neben-Kosten: 90,00€	53,38€	36,62€	Minus Differenz: 115,52€
Heizung: 62,00 €	51,00€	11,00€	Telefon: 30,00€
Gesamt: 442,20 €	326,68€	115,52€	Strom: 25,00€
bleiben zum (Über)Leben monatlich: 176,48€			

Koblenzer Wohnbau mbH

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsver-sorgung weiter Bevölkerungskreise (gemeinnütziger Zweck). Die Gesellschaft hat in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Stadt Koblenz verstärkt die am Markt benachteiligten Wohnungssuchenden mit angemessenem Wohnraum im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu versorgen.

Bei billigen Wohnungen (über 25 m² und vor 1949 gebaut), für die Tabellen-wohn-geld gezahlt wird, stieg die Miete von 2006 auf 2007 um 4,7%!

Bei teureren Wohnungen, die nicht für Arme zur Verfügung stehen, werden leerstandbedingte Mietausfälle verzeichnet!

„Einzigartige Projekte“ als Wirtschaftsförderung

Darauf setzt die Stadt Koblenz. Unter dem Titel ‚Koblenz – Magnet am Deutschen Eck: die Stadt zum Bleiben‘ hat die Stadt ein Leitbild formuliert. Darin heißt es:

„Wir wollen das Einkaufen und Erleben in Koblenz fortentwickeln. ... Wir wollen den Menschen unserer Stadt und des Umlandes sowie Besucherinnen und Besuchern aus aller Welt ein spezifisch urbanes Einkaufserlebnis am Mittelrhein bieten. Wir wollen dies mit einem breitgefächerten Angebot aus Handel, Dienstleistungen, Kultur, Entertainment ... erreichen. Wir möchten die Konkurrenzfähigkeit unserer Stadt mit der Gestaltung von Straßen und Plätzen als attraktive und fußgängerfreundliche Erlebnisräume fördern.“

Entsprechend werden – wie es heißt – ‚einzigartige Projekte‘ gefördert und damit ‚eine ungeheure Weiterentwicklung der Stadt‘ betrieben:

**BUGA,
Zentralplatz,
Schienenhaltepunkt Löhr-Center,
Abriss Quellebau,
Ausbau von Löhrstraße, Löhrrondell,
Viktoriastraße und Nordtangente
und nicht zuletzt die TUS-Arena...**

Die Stadt Koblenz bietet Unternehmen auch aus steuerlicher Sicht attraktive Ansiedlungsbedingungen. Im Vergleich mit anderen großen Städten liegt Koblenz besonders günstig.

Zu Beginn des Jahres 2002 wurde der Gewerbesteuerhebesatz um 25 Punkte auf 395 gesenkt.

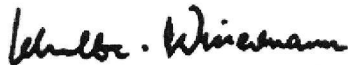
Wer soll das bezahlen?

"Wir haben eine weiterhin erfreuliche Entwicklung bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen - ein Signal, dass die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin positiv verläuft und der Standort Koblenz prosperiert.

Zugegeben: der Haushalt ist noch nicht ausgeglichen.

Wir werden daher nachhaltig an dem Kurs festhalten, den Verwaltung und Rat seit mehr als einem Jahrzehnt praktizieren, der uns der Konsolidierung näher bringt und der die Verschuldung der Stadt in erträglichen Grenzen hält, der aber auch allen, die in Koblenz leben und die Koblenz lieben, das volle Leistungsspektrum dessen garantiert, wofür ein modernes Oberzentrum steht."

Koblenz, den 12. Juni 2008



Dr. E. Schulte-Wissermann
Oberbürgermeister

Quelle: Verwaltungshaushalt 2008

Woher Schulte-Wissermann seinen Optimismus nimmt, wird sein Geheimnis bleiben. Die Zahlen sprechen hinsichtlich der Entwicklung der Gewerbesteuer eine andere Sprache.

Gewerbesteuer im Land bricht dramatisch ein

RHEINLAND-PFALZ. Die Wirtschaftskrise hat die Gemeinden erfasst: Im ersten Quartal flossen 16 % weniger an Gewerbesteuer in die Kassen als in den ersten drei Monaten des Vorjahrs, meldet das Statistische Landesamt. Die Einnahmen gingen von 423 Millionen auf 356 Millionen Euro zurück. Der Geschäftsführer des Städtetags Rheinland-Pfalz, Gunnar Schwarting, geht davon aus, dass dies erst der Beginn der Talfahrt ist, weil 2009 noch viele Nachzahlungen fällig werden. Die Lage werde sich 2010 dann drastisch verschärfen, zumal die Umsätze der Betriebe in den ersten Monaten des Jahres stark eingebrochen sind. Bundesweit wird derzeit mit einem bundesweiten Steuerminus von acht Milliarden Euro in den Kommunen gerechnet, so Schwarting. der Gemeinde- und Städtebund sieht bei den Kommunen kaum noch Spielraum für den Rotstift.

Rhein-Zeitung vom 09.05.2009

Das ‚einzigartigste‘ Projekt: die BUGA

Das Beispiel BUGA in anderen Städten zeigt deutlich die Gefahren eines Verlustes im Millionenbereich:

- Rostock 2003: ein Minus in zweistelligem Millionenbereich
- München 2005: trotz drei Millionen Besucher ein Minus von 12 Millionen
- Gera/Ronneburg 2007: ein Minus von 2,8 Millionen
- Koblenz 2011: Gewinne - und das mitten in der Krise?

Zum Beispiel Mainz: Aus Erfahrungen klug?

Der Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz warnt eindringlich vor einer Bewerbung der Stadt Mainz für die BuGa 2021. Es müsse verhindert werden, dass erhebliche finanzielle Mittel dafür bereitgestellt würden – Mainz befinde sich in einer katastrophalen Haushaltssituation. Eine Stadt, die ihre laufenden Ausgaben nur über Kassenkredite finanzieren könne und somit tagtäglich von der „Hand in den Mund“ lebe, dürfe lediglich in Objekte investieren, die unabweislich erforderlich seien. Sämtliche Mittel, die in die Planung und später in die Realisierung einer Gartenschau flössen, würden an anderer Stelle fehlen. Schulen, Kindertagesstätten und öffentliche Sportanlagen müssten für Jahre hintangestellt werden.

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Bundesgartenschauen hätten bei den Investitionskosten am Ende teilweise doppelt so viel gekostet. Darüber hinaus seien jeweils Durchführungskosten in zweistelliger Millionenhöhe angefallen, die regelmäßig nicht durch Eintrittsgelder ausgeglichen worden seien. Die letzten vier Bundesgartenschauen hätten allein rund 40 Mio. Euro Defizite erbracht.

Nicht zu vergessen seien die enormen Folgekosten. Die Stadt Rostock müsse beispielsweise in Folge der Gartenschau 2003 jährliche Betriebskosten in Höhe von 2,1 Mio. Euro aufbringen.

Wir sind billig und willig. ,Einzige Projekte‘ als Standortkonkurrenz

In den ‚einzigartigen Projekten‘ kommt die Standortkonkurrenz der Kommunen zum Ausdruck. Dabei sind doch Absurdität und Aussichtslosigkeit der Standortkonkurrenz inzwischen offensichtlich. Innerhalb einer globalisierten Marktgesellschaft buhlen die Staaten in einer ruinösen Standortkonkurrenz um die Gunst der transnationalen Unternehmen und Investoren. Das Ergebnis: immer mehr Verlierer und immer weniger Gewinner. Dieser Logik folgen auch Regionen und Kommunen. Auf allen Ebenen bieten die Verwaltungen ihre Gebiete als Objekte für Investoren an. Sie agieren als Angebotsfirmen, die ihre Vorzüge lauthals anpreisen. Regionen und Gemeinden werden zur Kundschaft von Marketing-Experten und Unternehmensberatern. An allen Orten ertönt letztlich immer nur die eine Botschaft: Wir sind billig und willig.

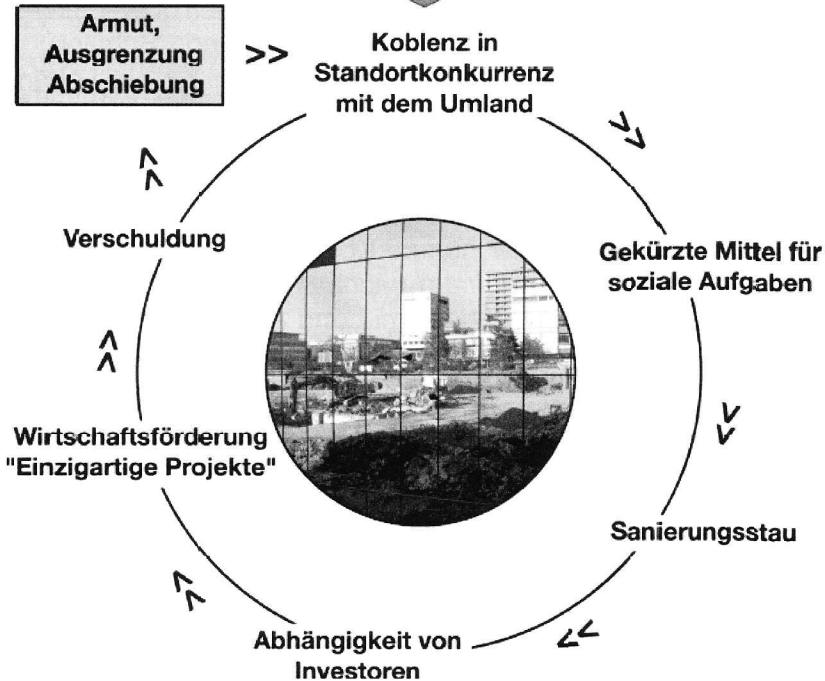
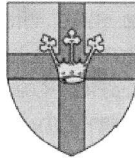
Diese Politik des ‚billigen und willigen Jakob‘ hat Konsequenzen:

- Der Erfolg in Koblenz ist der Misserfolg anderswo. Und das gilt auch umgekehrt. ‚Blühende‘ Regionen hier – ausgeblutete Regionen anderswo. In der Standortkonkurrenz gilt: Wer nicht mithalten kann, wird aus dem Rennen geworfen – als Staat, als Region, als Kommune und genauso als Einzelner. So ist es kein Zufall, dass die Masse der aussichtslosen Verlierer unter den Staaten, Regionen, Gemeinden und Individuen unaufhaltsam anschwillt, während zugleich die Zahl der Gewinner schrumpft.
- ‚Billig und willig‘ muss die Stadt sein, mit Kostenvorteilen und Attraktionen locken, um für Anleger interessant zu sein. Den Preis solcher Willigkeit zahlen diejenigen, die in den globalen, lokalen und individuellen Konkurrenzkämpfen zu den Verlierern gehören – allen voran Arbeitslose, Arme, Familien mit Kindern, Kranke, Alte, Obdachlose, Flüchtlinge...

- In der Standortkonkurrenz sind die Kommunen keine Akteure, sondern vom Konkurrenzkampf Getriebene. Sie investieren, um Kapital anzulocken – und dies bei angesichts der Wirtschaftskrise sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben. Verschuldung ist die unausweichliche Konsequenz. Wer soll die Zeche zahlen? Für Kindertagesstätten und Schulen, für Schwimmbäder und öffentlichen Nahverkehr, für ein Leben in Würde von Armen und Kranken, von Kindern und Alten ist ja angeblich jetzt schon kein Geld mehr da...
- Investiert wird in eine Standortkonkurrenz, die nicht zu gewinnen ist. Sie verursacht immer höhere Kosten und erzielt immer weniger Wirkung. Statt zu einem nachhaltig ‚guten Leben‘ beizutragen, fördert sie nachhaltig Armut und Ausgrenzung.

Wir fragen die VertreterInnen der Politik:

- Sehen Sie diese Zusammenhänge? Sind sie bereit, nach Wegen des Ausstiegs aus dieser ruinösen Standortkonkurrenz zu suchen?
- Gibt es Pläne, sich auf das einzustellen, was vielen Menschen auch in unserer Stadt droht: das Absinken in Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut?
- Wie wollen Sie die anstehenden Investitionen bei sinkenden Einnahmen und wachsenden sozialen Herausforderungen bewältigen? Wer soll wann und wie die Verschuldung bezahlen?
- Wenn Sie den Optimismus teilen, die Konjunktur springe bald wieder an, welchen Grund sehen sie dafür in der Realität?



"Wir machen ..."

- Die BuGa
- Zentralplatz
- Schienenhaltepunkt Löhr-Center
- Ausbau Nordtangente

und wer zahlt den Preis???

- mehr Langzeitarbeitslose
- Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger
- Menschen, die von der "Tafel" leben müssen
- Obdachlose, die aus der Stadt vertrieben werden
- Kinder in maroden Schulen
- sozial Schwache ohne ausreichenden Wohnraum
- Alte, die verarmen und verwahrlosen
- Flüchtlinge, die unerwünscht sind
- ...

Herausgegeben von:
Koblenzer Sozialforum
Koblenzer ChristInnen für Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Schöpfung